

Kurzgeschichte der Evangelischen Volkspartei (EVP)

Die EVP wurde 1917 in Uster unter dem Namen „**Protestantisch-christliche Partei**“ gegründet. Diese Gruppe gewann auf Anhieb zwei Kantonsratssitze. In Bern entstand 1918 aus den "Überbleibseln" der protestantisch-konservativen Partei und dem eidgenössischen Verein die politische Vereinigung christlicher Bürger. Diese Gruppe ergriff vor den Nationalratswahlen von 1919 die Initiative zur **Gründung der EVP der Schweiz**. Arnold Muggli war der Initiator für die Vertrauensmännerversammlung vom **8.3.1919 in Brugg**. Hier wurde die Gründung der EVP beschlossen. Am 10. Mai 1919 wurde in Zürich die Evangelische Volkspartei der Schweiz gegründet. Erster Zentralsekretär wurde der Berner Arnold Muggli.

Heute existieren folgende **Kantonalparteien** der EVP: Aargau, Appenzell-Ausser rhoden, Basel-Stadt (Vereinigung Evangelischer Wählerinnen und Wähler (VEW)), Basel-Land, Bern, Freiburg, Luzern, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Waadt, Thurgau und Zürich. Bestrebungen für weitere Gründungen sind zurzeit im Gange.

Als einzige mittelstarke Partei fiel die EVP nicht dem Parteiensterben (z.B. LdU, Autopartei, Republikaner) zum Opfer.

Das politische Umfeld zur Gründungszeit war geprägt durch Spannungen namentlich zwischen Bauern und Arbeitern. Diese innenpolitischen Spannungen fanden ihren Ausdruck in der Volksabstimmung vom 13. Oktober 1918, wo Volk und Stände sich für die **Einführung des Proporzwahlverfahrens** bei der Bestellung des Nationalrates aussprachen.

Damit ergab sich nun auf nationaler Ebene die Möglichkeit, dass sich auch kleinere Gruppen in den Parlamenten vertreten lassen konnten.

Im Herbst 1919 fanden erstmals Proporzahlen für den Nationalrat statt. Das Ziel der EVP war mit einer eigenen Liste in den Wahlkampf zu steigen. Der Arzt Hans Hoppeler war als Spitzenkandidat auf der Zürcher Liste und wurde auch auf Anhieb gewählt. Nationalrat Hoppeler war von 1919 bis 1939 Parlamentsmitglied. Von 1943-1956 war Paul Zigerli Nationalrat für die EVP. Nationalrat Zigerli wurde dann durch den Ingenieur Willy Sauser abgelöst.

1920 wurde die **Kantonalpartei St. Gallen** gegründet. Diese schlief aber nach und nach ein und wurde 1971 wieder aktiv.

Am 23. Februar 1920 wurde die Kantonalpartei EVP Basel-Stadt gegründet. Diese löste sich 1953 wieder auf.

1921 erhielt die EVP der Schweiz eine weitere Kantonalpartei, nämlich die **EVP des Kantons Aargau**. Am 9. Oktober 1922 wurde in Liestal die **Kantonalpartei Basel-Landschaft** gegründet.

Im gleichen Jahr entstand aus dem Zusammenschluss der Liberalen Partei und der Evangelisch-sozialen Vereinigung die **EVP des Kantons Schaffhausen**.

Bei der Delegiertenversammlung vom 26. Mai 1946 beschlossen die Mitglieder ein **ständiges Parteisekretariat** einzurichten. Der erste Parteisekretär, von den Delegierten gewählt, hiess Dr. iur. Otto Hürlimann.

Im Jahre 1955 wurde die **Kantonalpartei des Kantons Thurgau** in Märstetten gegründet.

1967 konnte die EVP dank dem bernischen Spitzenkandidaten Paul Aebischer einen **dritten Sitz im Nationalrat** erobern.

Im März 1969 feierte die Evangelische Volkspartei mit einem Parteifest ihr 50-Jahr-Jubiläum. Im Parlament berieten Ende der 60er-Jahre die Nationalräte Paul Aebischer (BE), Willi Sauser (ZH) und Heinrich Schalcher (ZH) unter anderem die Einschränkung von Suchtmittelreklamen, gesetzliche Vorschriften zur Organverpflanzung und eine gesetzliche Regelung zur Veränderung der Erbmasse.

Das Jahr 1970 war geprägt von der Diskussion rund um die **Einführung des Frauenstimmrechts** auf Bundesebene. Daneben berieten sie auch über die Schaffung eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer aus Glaubens- oder Gewissensgründen.

1971 verschlechterte sich zunehmend die Wirtschaftslage und die Themen Rassismus und Überfremdung kamen wieder auf. Die Existenzängste trieben viele Leute während der wirtschaftlich schlechten Jahre wieder zu einer vermehrten Inanspruchnahme kirchlicher Institutionen. Die EVP beschäftigte sich dadurch vor allem mit den Aufgaben und der Stellung der Kirche gegenüber Staat und Gesellschaft und dem **Sinn und Zweck einer evangelischen Politik**.

Im Nationalrat setzten sich der 1971 neu gewählte Otto Zwygart (BE) und die bisherigen Sauser und Schalcher für behinderte AHV-Renter, die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens und den Umweltschutz ein.

Auf die Wahlen von 1975 hin wurde das EVP-Leitmotto „**Im Dienst am Mitmenschen, an Volk und Staat**“ erstellt. Die **Vereinigung evangelischer WählerInnen (VEW) des Kantons Basel-Stadt** wurde im Jahre 1975 durch einen Anschlussvertrag mit der EVP Schweiz zur Kantonalpartei.

Ende der 70er-Jahre begann sich ein wirtschaftlicher Aufschwung abzuzeichnen. Im Nationalrat waren die Themen rund um die Entwicklungshilfe, den Tabak- und Drogenkonsum und die Frage nach der Verantwortlichkeit eines **Schwangerschaftsabbruchs** aktuell.

Bei den Wahlen im Jahre 1979 setzten sich die EVP-Politiker Zwygart, Schalcher und der seit 1978 nachrückte Hans Oester (ZH) durch.

Im Wahljahr 1983 wurde Hans Oester in seinem Amt bestätigt. Neu ins Parlament gewählt wurden Otto Zwygart jun. (BE) und Max Dünki (ZH). Die drei EVP-Parlamentarier setzten sich vor allem für die sozial Schwächeren ein und brachten verschiedene Umwelthanliegen durch.

1984 flammte erneut die Asyldebatte auf und 1986 verunsicherte die Tschernobyl-Katastrophe die Menschen.

Bei den **Wahlen 1987** verloren alle Kantone, ausser Bern, massiv an Stimmenanteilen. Dennoch wurden alle drei EVP-Nationalräte wieder gewählt.

Am 14. November 1989 wurde die **Kantonalpartei Solothurn** in Olten gegründet. Sie schlief aber nach 1993 allmählich wieder ein.

Die EVP-Nationalräte setzten sich in den folgenden Sessio-nen vor allem für Umwelthanliegen sowie auch gegen die Abtreibungsspielle und Waffenlieferungen in Krisengebiete ein.

1991 konnte die EVP im Kanton Zürich mit dem **Obdachlosen-Pfarrer Ernst Sieber** ein halbes Stimmenprozent dazu gewinnen. In den Nationalrat schafften es Pfarrer Ernst Sieber (ZH) sowie die bisherigen EVP-Nationalräte Zwygart und Dünki.



EVP PEV
Evangelische Volkspartei · Parti Evangélique
Partito Evangelico · Partida Evangelica

Ende des Jahres 1992 stand die Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum **Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)** an. Die EVP beschloss eine äusserst knappe Ja-Parole an ihrer Delegiertenversammlung. An der Urne beschloss das Schweizer Volk dann aber ein sehr knappes Volks-Nein bei klarer Mehrheit der ablehnenden Stände.

Im Jahre 1995 nahm die EVP in sieben Kantonen an den Nationalratswahlen teil. Die EVP-Wahlplattform stand unter dem Motto: „**Menschen für Menschen**“.

Trotz der optimistischen Haltung der EVP im Wahlkampf und der Hoffnung der Unterstützung der Jungen und Frauen, konnte sie die **drei Nationalratsmandate nicht halten**.

Die Nationalräte Otto Zwygart und Max Dünki setzten für die Legislatur 1995-99 Schwerpunkte im Bereich der Familien- und Aussenpolitik, bei Suchtfragen, bei der Abtreibung, bei den politischen Rechten sowie bei den Sozialversicherungen.

Im **Kanton Freiburg** wurde am 19. September 1996 eine Kantonalpartei gegründet.

1997 standen Themen wie die Fristenlösung, die Gentechnologie, die Drogenpolitik und Europa zur Bewältigung an. Am 26. November 1997 wurde unter dem Präsidium von Gabi Nievergelt die **Kantonalpartei Appenzell-Ausserhoden** gegründet.

Im Jahre 1999 formulierte die EVP eine **Resolution für den Beitritt der Schweiz zur UNO** mit der Begründung, dass die Schweiz ihre Interessen und Werte international nur als UNO-Mitglied wirksam vertreten könne.

Die EVP befürwortete einstimmig die neue **Reform der Bundesverfassung**. Eine wesentliche Neuerung stellt der neue Parteienartikel 137 dar, welcher die Rolle der Parteien im politischen Prozess deutlich macht.

Die EVP erfreute sich zusätzlich an der Beibehaltung der **Erwähnung Gottes in der Präambel** sowie am Familienartikel.

Die EVP gehörte am bei den Nationalratwahlen vom **24. Oktober 1999** zu den Siegerinnen. Sie konnte mit **Nationalrat Heiner Studer** erstmals im Kanton Aargau einen Sitz erobern. Nationalrat Ruedi Aeschbacher ersetzte den zurückgetretenen Max Dünki. Nationalrat Otto Zwygart wurde in seinem Amt als Nationalrat bestätigt. Die EVP konnte das erste Mal in ihrer Geschichte die Mehrheit einer Fraktion stellen. Die Fraktion erhielt den Namen „**Evangelische- und Unabhängige Fraktion**“.

Im Januar 2000 trat Nationalrat Otto Zwygart als Zentralpräsident der EVP der Schweiz zurück. Als Nachfolger wurde **Nationalrat Ruedi Aeschbacher** gewählt. Nationalrat Otto Zwygart trat am Eidgenössischen Dank-, Buss-, und Betttag 2000 auch noch aus dem Parlament zurück. Walter Donzé war der erste Ersatzmann auf der Liste der EVP des Kantons Bern. Er wurde zudem als Vizepräsident der EVP der Schweiz gewählt. Roland Wiederkehr (Ex-LdU) übernahm das Fraktionspräsidium.

Die EVP der Schweiz beschloss im Jahre 2000 die Ja-Parole zu den **bilateralen Verträgen** zwischen der Schweiz und der Europäischen Union.

Mit 72% Ja-Stimmen sprach sich das Schweizer Volk im Jahre 2002 für die **Fristenregelung** aus. Die EVP hatte im Vorfeld gemeinsam mit anderen Organisationen das **Referendum gegen die Fristenlösung** ergriffen. Die Initiative „Für Mutter und Kind“ wurde mit 82% Nein-Stimmen wuchtig verworfen.

Im gleichen Jahr wurde die EVP vom Politischen Büro der **Europäischen Volkspartei** als assoziiertes Mitglied aufgenommen.

Daniel Reuter trat per April 2002 nach 12-jähriger Amtstätigkeit als Generalsekretär zurück. Der Aargauer Joel Blunier wurde vom Zentralvorstand als Nachfolger gewählt.

Im Herbst 2003 konnte die **Kantonalpartei Luzern** in Sursee gegründet werden.

Bei den **Nationalratswahlen 2003** konnte die EVP ihre angestrebten fünf Sitze zwar nicht gewinnen, doch der gesamtschweizerische Stimmenanteil stieg erstmals in der Geschichte der EVP um 0.5% auf **2.3%**. Dazu beigetragen haben **16 Listen in 11 Kantonen**, wobei erstmals auch in den Kantonen FR, LU und VD an den Wahlen teilgenommen wurde. Die bisherigen Nationalräte Aeschbacher, Donzé und Studer wurden wieder gewählt. In der Bundesversammlung bildete die EVP gemeinsam mit den beiden Vertretern der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) eine Fraktion.

Die Expansionsstrategie der Partei zeigte auch im Jahr 2004 Wirkung: Am 12. März 2004 wurde die **EVP des Kantons Solothurn** nach über 10 Jahren Dämmerzustand in Olten neu gegründet. Nur wenige Wochen später wurde am 22. Mai in Morges mit der **Parti Evangélique du Canton de Vaud** die erste „echte“ französischsprachige Sektion aus der Taufe gehoben. Zur Unterstützung des Aufbaus in der Romandie stellte die EVP der Schweiz einen **Secrétaire Romand** im Teilamt an.

Mit der Gründung der **Jungen EVP (*jev)** am 21. August 2004 in Schaffhausen erhielt die EVP eine eigenständige Nachwuchsorganisation.

Am 5. Juni 2005 kommt das Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare (**Partnerschaftsgesetz**) vors Schweizer Stimmvolk. Die EVP hatte gemeinsam mit der EDU das Referendum ergriffen und über 67'000 Unterschriften gesammelt. Das Gesetz wird jedoch von 58% der Stimmenden angenommen.

Um die Expansion in der Romandie weiter voranzutreiben, hat die EVP der Schweiz im Oktober 2005 mit Silvia Hyka eine neue **Coordinatrice Romandie** angestellt.

Stand: 9. November 2005/tb/jb